

Gero Meinen

**Die Heranziehung  
zum Schöffenamtsamt**

Gerichtsverfassungs-  
und revisionsrechtliche Probleme

**VVF**

## Inhaltsverzeichnis

1. Teil: Einleitung und erste Orientierung	1
1. Kapitel: Einleitung	1
I. Ziel der Untersuchung	1
II. Die faktische Stellung des Schöffen im Verfahren	2
III. Zur praktischen Relevanz der Fragestellung	6
IV. Auszugrenzende Fragestellungen	8
1. Zur Laienbeteiligung in anderen Gerichtsbarkeiten	8
2. Zur Regelung in den neuen Bundesländern	10
2. Kapitel: Die unterschiedlichen Normbereiche - Strukturierungsansatz	12
I. Kasuistische Betrachtung einiger typischer Fallgestaltungen	12
1. BGH 4 StR 319/89 (= BGHSt 35, 28 ff.)	12
2. BGH 2 StR 250/88 (= BGHSt 35, 366 ff.)	13
3. BGH 5 StR 592/85 (= StV 1986, 48 f.)	14
4. BGH 2 StR 327/84 (= BGHSt 33, 41 ff.)	15
5. BGH 1 StR 330/85 (= BGHSt 33, 290 ff.)	16
II. Grundstruktur der Heranziehungsvorschriften	16
1. "Berufungsvorschriften" und "Zuordnungsvorschriften"	16
2. Unmittelbare Schlußfolgerungen	19
III. Normative Mängel	20
2. Teil: Das gerichtsinterne Zuweisungssystem	24
3. Kapitel: Die Primärebene - Auslosung der Hauptschöffen als Grundlage des konkreten Zuweisungssystems	24
I. Die unterschiedlichen Ebenen der Zuordnungsvorschriften	24
II. Das Auslosungsverfahren	26
III. Einzelprobleme im Hinblick auf die Auslosung - Insbesondere die für die Auslosung maßgebend zugrundeliegenden Listen	36

1. Die fehlerhafte Grundliste nach § 44 GVG	36
2. Die Berücksichtigung fehlerhaft in die Hauptschöffenliste aufgenommenener Schöffen bei der Auslosung	41
IV. Zusammenfassung	43
4. Kapitel: Die Sekundärebene – Abweichungen von der zufallsbestimmten Auslosung	44
I. Systematik der Ersetzungstatbestände	44
II. Entbindung, Ersetzung und Heranziehung des Schöffen aus verfahrensökonomischen Gründen	45
1. Nichterreichbarkeit des Schöffen	45
a. Regelfall	45
b. Analoge Anwendung des § 54 II GVG	48
2. Abweichung vom Zufallsprinzip bei der Anberaumung von außerordentlichen Sitzungen	50
a. Zum Begriff der außerordentlichen Sitzung	50
b. Die Anberaumung von außerordentlichen Sitzungen durch den Vorsitzenden – insbesondere unter dem Gesichtspunkt des Terminierungsermessens	51
c. Überprüfung der Zulässigkeit von außerordentlichen Sitzungen	54
3. Besetzung von Hilfsspruchkörpern	61
a. Begriff und Errichtung des Hilfsspruchkörpers	61
b. Zuweisung von Schöffen für den Hilfsspruchkörper	62
aa. Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes	63
bb. Kritische Bewertung anderer Lösungsvorschläge	64
III. Die Ersetzung eines Schöffen aus Gründen, die in seiner Person begründet sind	70
1. Die Struktur des § 54 I GVG	70
2. Die Unzumutbarkeit der Dienstleistung als Hinderungsgrund	73
a. Der Begriff der Unzumutbarkeit in Rechtsprechung und Literatur	73
b. Grundrechtsspezifische Strukturierung des Begriffs der Unzumutbarkeit	77

aa. Heranziehung zum Schöffenamts als Grundrechtsbeschränkung	77
bb. Inadäquate Beeinträchtigungen als Begründung der Unzumutbarkeit	79
c. Unzumutbarkeit und Verfahrensökonomie	85
3. Die Verhinderung i.S.d. § 192 II GVG	87
a. Der Begriff der Verhinderung	87
b. Feststellung der Verhinderung	88
5. Kapitel: Die Tertiärebene – Der Ausgleich von Abweichungen	90
I. Die konkrete Ersetzung als Regelungsbereich der Tertiärebene	90
II. Die Bildung und Funktion der Schöffenslisten	91
1. Die Bildung der Hauptschöffensliste	91
2. Die Hilfsschöffensliste	94
a. Bildung der Hilfsschöffensliste	94
b. Funktion der Hilfsschöffensliste	94
aa. Die Zuweisung von Schöffen nach § 45 II 4 GVG i.V.m. § 49 I GVG	95
bb. Die Ersetzung wegfällender Schöffen nach § 45 II 4 GVG i.V.m. § 49 II GVG	96
cc. Die Funktion der Hilfsschöffensliste nach § 46 GVG	97
dd. Zwischenergebnis	98
3. Folgerungen aus der Funktion der Hilfsschöffensliste für die Häufigkeit der Auslosung	98
III. Zum Verhältnis von Haupt- und Hilfsschöffensliste	100
1. Erschöpfung der Hilfsschöffensliste und Ergänzungswahl	100
2. Kollisionsfälle	102
IV. Folgen fehlerhaften Zugriffs auf die Hilfsschöffensliste	105
1. Die Heranziehung von Hilfsschöffen aus der Hilfsschöffensliste	105
2. Der Widerruf der Entbindung	107
a. Herkömmlicher Begründungssatz	108
b. Unzulässigkeit des Widerrufs analog § 54 III GVG?	114
3. Teil: Die Berufung des Bürgers in das Schöffenamts	116
6. Kapitel: Funktion und Ausgestaltung des Berufungsverfahrens	116

I.	Die Aufstellung von Vorschlagslisten durch die Gemeinde	117
II.	Die personelle Zusammensetzung des Schöffenaus-	
	schusses	123
1.	Der Richter beim Amtsgericht	123
2.	Der Verwaltungsbeamte	127
3.	Die Vertrauenspersonen	130
a.	Zuständigkeit für die Wahl der Vertrauenspersonen	130
b.	Wählbarer Personenkreis	134
7.	Kapitel: Die Anforderungen an die Schöffewahl	138
I.	Anforderungen der Rechtsprechung an die Schöffewahl	138
1.	"Frankfurter Schöffroulette"	139
2.	Frankfurter Nachholwahl	141
3.	Hamburger Schöffewahl	141
II.	Kritische Bewertung der Rechtsprechung	142
1.	Zur Argumentationsstruktur der dargelegten Ent-	
	scheidungen	142
2.	Die Begründung eines eigenständigen Wahlbegriffs	144
3.	Inhaltliche Anforderungen an den Begriff der	
	Schöffewahl	148
a.	Die Wahl als bewußte Auswahlentscheidung	149
b.	Vornahme der Schöffewahl durch Auszählung	151
III.	Notwendigkeit gesetzlicher Änderungen?	156
4.	Teil:Revisionsrechtliche Auswirkungen von Fehlern bei der Her-	
	anziehung von Schöffen	158
8.	Kapitel: Überlegungen zur Reichweite des § 338 Nr. 1 StPO	158
I.	Zur Auslegung des § 338 Nr. 1 StPO - Mögliche	
	theoretische Lösungssätze	158
1.	Ausgangspunkt	158
2.	Verfahrensrechtlicher Lösungsansatz	159
3.	Verfassungsrechtlicher Ansatz	159
4.	Zur Reichweite der Auseinandersetzung über die	
	unterschiedlichen Lösungsansätze	160

II. Die Auslegung des § 338 Nr. 1 StPO in Rechtsprechung und Literatur	162
1. Die Auslegung des § 338 Nr. 1 StPO durch den Bundesgerichtshof	162
2. Die Auslegung des § 338 Nr. 1 StPO in der Literatur	165
a. Verfassungsrechtliche Betrachtungsweise	165
aa. Umfassender Willkürvorbehalt	166
bb. Willkürvorbehalt nur bei unklaren Vorschriften	166
b. Verfahrensrechtliche Betrachtungsweise	167
3. Kritische Würdigung des verfassungsrechtlichen Ansatzes	168
III. Überlegungen im Hinblick auf eine verfassungsrechtlich begründete Randkorrektur des § 338 Nr. 1 StPO	172
9. Kapitel: Revisibilität von Besetzungsfehlern im Bereich der gerichtswinteren Zuweisung	175
I. Revisionsrechtliche Behandlung einzelner Besetzungsfehler durch die Rechtsprechung	175
1. Besetzungsfehler auf der Primärebene	175
a. Verfahrensfehler im Rahmen der Auslösung	175
b. Beschränkung des Zufallsprinzipes	175
c. Vorläufige Würdigung	177
2. Besetzungsfehler auf der Sekundärebene	177
a. Die fehlerhafte Entbindung von der Dienstleistungspflicht	177
b. Fehler bei der Anberaumung außerordentlicher Sitzungstage	182
c. Fehler bei der Zuweisung von Schöffen für einen Hilfsspruchkörper	183
d. Vorläufige Würdigung	183
3. Besetzungsfehler auf der Tertiärebene	184
II. Die maßgebliche Leitlinie des Bundesgerichtshofes	184
1. Revisibilität bei unmittelbarer Verdrängung eines bestimmten Schöffen	184
2. Revisibilität bei Verstößen gegen das Zufallsprinzip als Fundament der gesetzlichen Zuweisung	190
III. Zusammenfassung	191

<b>10. Kapitel: Die Revisibilität von Fehlern im Berufungsverfahren</b>	<b>193</b>
<b>I. Allgemeine Überlegungen zur Revisibilität von Berufungsfehlern</b>	<b>193</b>
1. Die Gravität des Fehlers als Maßstab der Revisibilität	193
2. Die Feststellung der Gravitätsgrenze	195
<b>II. Die Revisibilität von Berufungsfehlern in der Rechtsprechung</b>	<b>197</b>
1. Fehlerhafte oder fehlende gemeindliche Vorschlagsliste	197
a. Die fehlerhafte gemeindliche Vorschlagsliste	197
b. Die fehlende gemeindliche Vorschlagsliste	200
2. Fehlerhafte Zusammensetzung des Schöffenwahlausschusses	204
3. Tätigkeitsfehler des Schöffenwahlausschusses	211
<b>III. Zusammenfassende Würdigung</b>	<b>215</b>